

„HANDELN FÜR EINE JUGENDGERECHTE GESELLSCHAFT“

DIE JUGENDKONFERENZ ZUR JUGENDSTRATEGIE

VOM 9. BIS 11. SEPTEMBER 2016 IN BERLIN



INHALTSVERZEICHNIS

Die Jugendkonferenz zur Jugendstrategie des Bundesjugendministeriums

„Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“3

Workshops zu den Einzelvorhaben der Jugendstrategie.....5

16 Kommunen wollen jugendgerechter werden. Wie läuft das?.....7

Ein Jugend-Check soll Jugendgerechtigkeit überprüfen. Tut er das? 10

Jugendforen lassen Jugendliche an Partnerschaften für Demokratie teilhaben. Wie klappt das? 12

Eine Onlineplattform soll Jugendbeteiligung on- und offline fördern. Wie kann das funktionieren? 14

Jugendliche sollen aktiv in politische Entscheidungen mit einbezogen werden. Passiert das? 16

Jugend gestaltet unser aller Zukunft mit. Wie geht das? 18

Mit dem Innovationsfonds werden Projekte gefördert. Was bringt das? 21

Eine Werkzeugbox soll dabei unterstützen, Jugendlichen vor Ort gerechter zu werden. Kann sie das? 23

Feedback zur Jugendstrategie des Bundesjugendministeriums.....26

Ausblick..... 33

Danksagung..... 34

Anhang: Kurzbeschreibung der Einzelvorhaben..... 35

Vom 9. bis 11. September 2016 kamen 60 engagierte Jugendliche aus ganz Deutschland zu einer Jugendkonferenz in Berlin zusammen. Als Expertinnen und Experten in eigener Sache tauschten Sie sich zur Jugendpolitik der Bundesregierung aus und erarbeiteten Feedback und Empfehlungen für die Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend setzt mit dieser Strategie seit 2015 auf eine Politik für, mit und von Jugendlichen.

Die Jugendkonferenz wurde von der [Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“](#) in Kooperation mit dem Bundesjugendministerium durchgeführt und bot Gestaltungspartnern und Jugendlichen Raum für intensiven Austausch, um die einzelnen Vorhaben der Jugendstrategie auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen und noch stärker an die Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen anzupassen.

DIE JUGENDKONFERENZ ZUR JUGENDSTRATEGIE „HANDELN FÜR EINE JUGENDGERECHTE GESELLSCHAFT“

Die Jugendkonferenz wurde mit einer kurzen Einführung in die Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ durch Rainer Wiebusch, Leiter des Referats „Eigenständige Jugendpolitik“ im Bundesjugendministerium eröffnet. Diese entstand auf Grundlage des Dialogprozesses zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik, welcher bis 2014 von Politik und Gesellschaft intensiv geführt wurde, und in Ergänzung zur Umsetzung der Europäischen Jugendstrategie, welche seit 2010 existiert. Rainer Wiebusch führte weiter aus, die Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ gebe jungen Menschen eine Stimme und eine Lobby. Jugendbeteiligung sei nicht alles, aber ohne Jugendbeteiligung sei alles nichts. Deshalb sei die erste Jugendkonferenz so wichtig für die Weiterentwicklung der Jugendstrategie und eine Möglichkeit, direkt an Politikgestaltung teilzuhaben.





Noch am Freitag gab es eine Einführung in die [Grundsätze und Ziele Eigenständiger Jugendpolitik](#). Am Samstag standen insgesamt acht Workshops zu Einzelvorhaben der Jugendstrategie im Mittelpunkt. In diesen Workshops wurden die Einzelvorhaben vorgestellt und deren Weiterentwicklungspotential diskutiert. Am letzten Konferenz-

tag wurden die Ergebnisse und weitere jugendpolitische Themen mit Gästen u. a. aus dem [Planungstab der Koordinierungsstelle](#) diskutiert.

An der Konferenz nahmen 60 Jugendliche aus unterschiedlichen Kontexten teil. Sie wirken größtenteils an Einzelvorhaben der Jugendstrategie mit, z. B. in den [„Jugendgerechten Kommunen“](#), in den Modelllandkreisen der [AG „Jugend gestaltet Zukunft“](#), beim [Strukturierten Dialog](#), in Jugendworkshops der Koordinierungsstelle oder in Jugendforen des Programms [„Demokratie leben!“](#). Darüber hinaus waren auch Jugendliche aus Jugendverbänden, migrantischen Selbstorganisationen, Schülervertretungen und weiteren jugendlichen Initiativen aktiv dabei. Die Workshops wurden von Gestaltungspartnern der Jugendstrategie durchgeführt: Mitarbeitende des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA), der Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“, von IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V., des Projekts [jugend.beteiligen.jetzt](#), des Strukturierten Dialogs sowie des Deutschen Bundesjugendrings. Zur Diskussion am Sonntag kamen Gäste zu Besuch, welche das Bundesjugendministerium, die Service- und Transferstelle zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie, den Deutschen Städtetag, die Obersten Landes-



jugendbehörden und den Deutschen Bundesjugendring vertreten.

Die gesamte Veranstaltung wurde medial durch die Jugendpresse Deutschland begleitet, welche auf dem Blog „Politik Orange“ mehrere Beiträge zur Jugendkonferenz einstellte. Diese sind unter <http://blog.politikorange.de/?s=jugendkonferenz> abrufbar.

EINZELVORHABEN DER JUGENDSTRATEGIE

Der zweite Konferenztag stand im Zeichen der Einzelvorhaben der Jugendstrategie. Aus den Reihen der Gestaltungspartner der Jugendstrategie haben sich unten stehende AG-Paten bereit erklärt, mit den Teilnehmenden über ihre Vorhaben zu diskutieren und Anregungen zur Weiterentwicklung zu erarbeiten:

WORKSHOPS	AG-PATEN
Ein Jugend-Check soll Jugendgerechtigkeit überprüfen. Tut er das? (Jugend-Check)	Deutscher Bundesjugendring / Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“
Jugend gestaltet unser aller Zukunft mit. Wie geht das? (AG „Jugend gestaltet Zukunft“ – Demografiestrategie)	Deutscher Bundesjugendring / Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“
Eine Onlineplattform soll Jugendbeteiligung on- und offline fördern. Wie kann das funktionieren? (jugend.beteiligen.jetzt)	IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Mit dem Innovationsfonds werden Projekte gefördert. Was bringt das? (Innovationsfonds)	Bundesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung (bkj) e.V. / IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V.

16 Kommunen wollen jugendgerechter werden. Wie läuft das? (Referenzkommunen)	Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“
Eine Werkzeugbox soll dabei unterstützen, Jugendlichen vor Ort gerecht zu werden. Kann sie das? (Werkzeugbox)	Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“
Jugendliche sollen aktiv in politische Entscheidungen einbezogen werden. Passiert das? (Strukturierter Dialog)	Deutscher Bundesjugendring
Jugendforen lassen Jugendliche an Partner-schaften für Demokratie teilhaben. Wie klappt das?	Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA)

Die Koordinierungsstelle und ihre Partner werden die Anregungen aus den Workshops bündeln und in die künftige Ausgestaltung der Jugendstrategie einbeziehen. Die zentralen Ergebnisse der Workshops sind auf den folgenden Seiten zusammen gefasst.

16 KOMMUNEN WOLLEN JUGENDGERECHTER WERDEN. WIE LÄUFT DAS?

„Jugendgerechte Kommunen“ – 16 Städte, Bezirke, Dörfer und Landkreise aus ganz Deutschland sind auf dem Weg, jugendgerechter zu werden.

Unter dem Titel „Jugendgerechte Kommunen“ sind von 2015-2018 sechzehn Kommunen aus allen Bundesländern auf dem Weg, jugendgerechter zu werden. Sie werden hierbei von der Koordinierungsstelle begleitet. Hierfür wurden der Ist-Stand mit den Akteuren vor Ort festgestellt und gemeinsame Ziele für die Zeit bis 2018 vereinbart. An allen Prozessen – vor Ort und im Rahmen der begleitenden Peer-Learning-Seminare – sollen Jugendliche beteiligt werden. Ziel des Workshops war es, die Jugendgerechtigkeit der Angebote der Koordinierungsstelle zu überprüfen und diese weiterzuentwickeln.



Aus den Referenzkommunen nahmen Jugendliche aus Bad Segeberg (Schleswig-Holstein), Bremerhaven (Bremen), Naumburg (Sachsen-Anhalt), dem Landkreis Sömmerda (Thüringen), dem Kreis Steinfurt (Nordrhein-Westfalen) und Trier (Rheinland-Pfalz) teil.

Die Aufgaben der Koordinierungsstelle im Prozess „Jugendgerechte Kommunen“ sind im Wesentlichen:

- > Unterstützung der Kommunen bei Ist-Stand-Analyse, Zwischenbilanz und Bilanz
- > Unterstützung und Begleitung der Prozesse vor Ort
- > Organisation der Peer-Learning-Seminare und der gemeinsamen Zwischenbilanz auf dem 16. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag
- > Dokumentation des Gesamtprozesses

- > punktuelle finanzielle Unterstützung mit dem Modell „Selbstverwaltete Budgets für Jugendgruppen“

Die Jugendlichen aus den Referenzkommunen nehmen die Koordinierungsstelle bislang als Akteur wahr, der vermittelt, informiert, Gespräche einleitet und vor Ort neue Impulse setzt.

Positiv bewerten die Teilnehmenden, dass jede Kommune mit der Koordinierungsstelle individuelle Fahrpläne vereinbart, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind. Auch die gemeinsamen Veranstaltungen auf Bundesebene und die Besuche vor Ort werden als positiv empfunden. Die gemeinsame Facebook-Gruppe zur Vernetzung der Jugendlichen aus den Referenzkommunen wird ebenfalls begrüßt.

Bemängelt wird, dass der Prozess der „Jugendgerechten Kommunen“ noch nicht bekannt genug ist. Die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort und auf Bundesebene könnte besser funktionieren und



die Wahrnehmung des Themas erhöhen. Aus Perspektive der Jugendlichen sind die Konzepte, die vor Ort ausgearbeitet wurden, bislang noch nicht konkret genug. Die Kommunikationswege zwischen der Koordinierungsstelle und den Kommunen laufen bislang über die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen – nicht alle

Informationen erreichen die Jugendlichen. Der Prozess bleibt dadurch zum Teil intransparent. Die Aktivitäten in der gemeinsamen Facebook-Gruppe möchten die Jugendlichen verstärken.

ZENTRALE EMPFEHLUNGEN ZUR WEITERENTWICKLUNG

- > Verlängerung des Projektzeitraums, um große Veränderungsprozesse erfolgreich auf den Weg zu bringen
- > mehr Präsenz der Koordinierungsstelle vor Ort, um Ist- und Sollstand besser vergleichen zu können und die Umsetzung voranzutreiben
- > mehr Austausch der Kommunen untereinander, Präsentation von Projekten und Ideen aus anderen Kommunen zur Anregung und Weiterentwicklung
- > bessere Kommunikation innerhalb der Kommunen
 - mit Verwaltung und Jugendlichen zusammen sprechen → mehr Dialogplattformen schaffen (on- & offline)
 - Koordinierungsstellen vor Ort etablieren → Vermittler zwischen Verwaltung und Jugend
 - Jugendgremien in einem Netzwerk zusammenbringen
 - Vereine und Wirtschaft ansprechen (ideelle / materielle Unterstützung)
- > einfachere Sprache (z. B. auf jugendgerecht.de), erklärte „Fachbegriffe“, niedrigschwellige Politik
- > mehr Öffentlichkeitsarbeit, z. B. eigener Film über „Jugendgerechte Kommunen“
- > mehr Präsenz des Themas „Jugendgerechte Kommune“ an (Hoch-)Schulen
 - aktiv Politikunterricht und Projektarbeit gestalten
 - Infos in Schulen verbreiten, Umfrage an Schulen durchführen
 - Schülervertretungen und Studierendenvertretungen einbeziehen
 - Umfragen an Schulen → Bekanntheit steigern und Ideen sammeln
 - (Hoch-)Schulen als Partner einbeziehen

MEHR ZU DEN „JUGENDGERECHTEN KOMMUNEN“ UNTER:

<https://www.jugendgerecht.de/jugendgerecht-vor-ort/jugendgerechte-kommunen/>

EIN JUGEND-CHECK SOLL JUGENDGERECHTIGKEIT ÜBERPRÜFEN. TUT ER DAS?

„Jugend-Check“ – Das Bundesjugendministerium entwickelt zusammen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren ein Verfahren, das überprüfen und darstellen soll, wie sich Maßnahmen der Bundesregierung auf die Lebenswelten junger Menschen auswirken.

Die Entwicklung eines Jugend-Checks ist im Koalitionsvertrag der Bundesregierung verankert. Dort steht: *„Wir werden mit den Jugendverbänden einen ‚Jugendcheck‘ entwickeln, um Maßnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit den Interessen der jungen Generation zu überprüfen.“*

Deshalb hat eine Arbeitsgruppe in 2015 und 2016 mit Expertinnen und Experten aus dem Bundesjugendministerium, dem Deutschen Bundesjugendring, dem Bundesjugendkuratorium, dem Deutschen Jugendinstitut, der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ und der Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ verschiedene Modelle zur möglichen Umsetzung diskutiert.

Zu Beginn des Workshops konnten die Jugendlichen in einem kurzen Aufwärmspiel Assoziationen zu verschiedenen Begriffen sammeln, wie beispielsweise Beteiligung, Jugend oder Demokratie. Anschließend gab es einen kurzen Input zu der Idee und den Zielen des Jugend-Checks sowie zu seiner Entstehung. Die anschließende Fragerunde zeigte, dass unter den Teilnehmenden großes Interesse nach detaillierten Informationen zum Jugend-Check bestand. Anschließend wurde Feedback zu den Prüfkriterien, mit denen beim Jugend-Check gearbeitet werden soll, eingeholt. Abschließend wurde an einem Barometer ein Stimmungsbild der Teilnehmenden erfasst. Der Workshop hatte stark informierenden Charakter.

Die Ziele und die Machbarkeit des Jugend-Checks werden als sehr gut bewertet. Ebenfalls positiv fällt die Berücksichtigung von jugendlichen Interessen und Bedürfnissen auf.

Diskussionsbedarf gab es bei der Frage nach der Jugendbeteiligung, der Prüfung der Zukunfts-



wirkungen, der Generationengerechtigkeit, der Nachhaltigkeit, der Einbeziehung von Jugendverbänden und der Ausgestaltung des Jugend-Checks im Gesetzgebungsverfahren. Kritik gab es daran, dass Menschen, die keine Jugendlichen sind, die Auswirkungen auf Jugendliche feststellen sollen.



Die Jugendlichen waren sich weitgehend einig, dass der Jugend-Check zu mehr Gerechtigkeit für Jugendliche führen kann und ein verständliches Tool ist, um Gesetzesvorhaben zu überprüfen und die Interessen Jugendlicher in der Politik transparent zu machen. Die Lebenswelten von Jugendlichen

werden durch die Prüfkriterien ziemlich gut erfasst, so die Teilnehmenden.

ZENTRALE EMPFEHLUNGEN ZUR WEITERENTWICKLUNG

- > Herausstellung der langfristigen Auswirkungen von Gesetzen (Nachhaltigkeit)
- > Gesetzliche Verankerung des Jugend-Checks (damit sich die Idee eines Jugend-Checks nicht nach einer Legislaturperiode verflüchtigt)
- > Berücksichtigung von jugendlichen Interessen, bspw. durch Beteiligung von Jugendlichen, Jugendverbänden, Fachleuten und Vertretungen von Jugendlichen
- > mehr Partizipation und Transparenz für Jugendliche (z. B. mit einer App)
- > Verankerung des Jugend-Checks auf Landes- und Kommunalebene

MEHR ZUM JUGEND-CHECK UNTER:

<https://www.jugendgerecht.de/jugend-check/>

JUGENDFOREN LASSEN JUGENDLICHE AN PARTNERSCHAFTEN FÜR DEMOKRATIE TEILHABEN. WIE KLAPPT DAS?

Jugendforen im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ – Zur Stärkung der Beteiligung von jungen Menschen an den „Partnerschaften für Demokratie“ werden Jugendforen eingerichtet, die von Jugendlichen selbst organisiert und geleitet werden. Zur Umsetzung eigener Maßnahmen stehen den Jugendforen Fördermittel zur Verfügung.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ unterstützt Kommunen mit den „Partnerschaften für Demokratie“ dabei, zivilgesellschaftliche Initiativen für Demokratie, Vielfalt, Extremismusprävention und Gewaltfreiheit zu fördern. Ein wichtiger Teil dieser Förderung sind Jugendforen, in denen Jugendliche selbst über die Mittelbewilligung entscheiden können.

Der Workshop wurde mit einer kurzen Einführung in die Grundidee der Jugendforen sowie den Rahmenbedingungen des Programms „Demokratie Leben!“ eröffnet. Ergänzt wurde diese Einführung um erste wissenschaftliche Erkenntnisse zur praktischen Umsetzung der Jugendforen. Anschließend wurden konkrete Erfahrungen aus verschiedenen Jugendforen präsentiert.

ZENTRALE EMPFEHLUNGEN ZUR WEITERENTWICKLUNG

- > Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sprachen sich mehrheitlich für offene Beteiligungsformen und gegen parlamentarische Strukturen aus. Sie empfahlen, im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“, flexible Formate beizubehalten, die Jugendlichen viel Gestaltungsspielraum ermöglichen und bspw. keine längerfristige Verpflichtung voraussetzen. Die fehlende Flexibilität von parlamentarischen Strukturen ginge an der Lebenssituation vieler junger Menschen vorbei, so die Teilnehmenden.
- > Gestaltungsmöglichkeiten für Jugendliche, die über Projekte hinaus gehen, wären wünschenswert.
- > Es braucht methodisch-fachliche Unterstützung durch eine Fachkraft, z. B. aus dem Jugendamt oder einem Träger der freien Jugendhilfe.
- > Gelder für Jugendforen sollten nicht an eine Unterstützungsstruktur fließen, sondern direkt in den Jugendfonds. Kommunen sollten das Jugendforum an bestehende Strukturen an-

schließen und diese aus eigenen Mitteln unterstützen.

- > Im ländlichen Raum ist über dezentral organisierte Jugendforen nachzudenken, da landkreisweite Jugendforen aufgrund der mangelnden Mobilität schwerer zu organisieren sind.

Einigkeit bestand darin, dass eine Organisation über Schülervertretungen bei gleichzeitiger Offenheit für weitere Jugendliche sinnvoll ist. Über gezielte Förderung geeigneter Projekte können auch weitere Jugendliche angesprochen werden. Insbesondere sollte darauf geachtet werden, dass alle Schulformen vertreten sind, nicht nur Gymnasien. Jugendliche sollten sich auch trauen, Vorstandsrollen einzunehmen. Bei der Förderung sollte eine möglichst unbürokratische Mittelvergabe angestrebt werden. Auf Länderebene könnten Jugendkonferenzen stagnierenden Jugendforen neue Impulse verleihen. Die Landesregiestellen sollten die Tools zum Demokratieführerschein oder des Strukturierten Dialogs verbreiten. Folgende Arbeitsformen haben sich bewährt:



- > themenbezogene Kleingruppen
- > Demokratieführerschein, Gesichtzeigen.de
- > konkrete Projekte von und mit Jugendlichen
- > Bewerbungen von Jugendforen auf Veranstaltungen der Stadt

Erfahrungen aus gut funktionierenden Jugendforen sollten verbreitet werden, damit andere Jugendforen aus dieser guten Praxis lernen können.

MEHR ZUM BUNDESPROGRAMM „DEMOKRATIE LEBEN!“ UNTER:

<https://www.demokratie-leben.de/>

EINE ONLINEPLATTFORM SOLL JUGENDBETEILIGUNG ON- UND OFFLINE FÖRDERN. WIE KANN DAS FUNKTIONIEREN?

„jugend.beteiligen.jetzt“ – Auf der Internetseite jugend.beteiligen.jetzt ist im Sommer 2016 eine Plattform online gegangen, die Methoden und Informationen zum Thema Jugendbeteiligung mit digitalen Medien bereit hält.

Dass Jugendliche zukünftig auf digitalen Wegen mehr an und in Politik und Gesellschaft beteiligt werden, dafür setzt sich jugend.beteiligen.jetzt ein. Das Gemeinschaftsprojekt der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS), des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) und der IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. bietet mit dieser Online-Plattform Know-how, Methoden und Werkzeuge sowie eine Projektlandkarte mit guten Praxisbeispielen. jugend.beteiligen.jetzt wendet sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene:

- > Fachkräfte der Jugendhilfe, der Jugendverbände, der Jugendarbeit, aus Verwaltung und Politik, aus Vereinen,
- > motivierte und engagierte Jugendliche und
- > bereits bestehende Akteure und Netzwerke für Jugendbeteiligung.

Ziel des Workshops war es, digitale Jugendbeteiligung zu bewerten und das Angebot jugend.beteiligen.jetzt vorzustellen.

Es wurden Online-Angebote zur Zusammenarbeit und Beteiligung eingesetzt, um Aspekte digi-



taler Jugendbeteiligung zu diskutieren. Thematisch wurde die Diskussion mit einem Quiz zu Begriffen aus der Eigenständigen Jugendpolitik aufgemacht. Daraus ergab sich schnell eine lebhafte Diskussion zu Vor- und Nachteilen von Online Beteiligung bzw. Partizipation mit digitalen Medien. Später nahmen die Jugendlichen die Plattform jugend.beteiligen.jetzt unter die Lupe. Sie versuchten das Angebot soweit zu

erfassen, dass sie die Webseite anderen vorstellen konnten. Einig waren sich alle, dass:

- > Online-Beteiligung nützlich für die interne Abstimmung im Jugendverband sein kann,
- > Digitale Beteiligung zusätzlich einen analogen bzw. persönlichen Kontakt braucht,
- > Digitale Beteiligung es Nutzenden leichter macht, sich einzubringen,
- > Online-Beteiligung eine größere Öffentlichkeit für Anliegen herstellen kann und
- > Jugend.beteiligen.jetzt ein hilfreiches Angebot ist.

Darüber hinaus haben sich die Jugendlichen die Frage gestellt, ob junge Menschen im analogen Dialog besser Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können bzw. ob Online-Foren ebenso wirksam sein können wie „Offline“-Jugendparlamente.

Der Workshop lief äußerst konzentriert ab. Die Jugendlichen arbeiteten sehr diskursiv und kreativ mit. Das Kennenlernen verschiedener Werkzeuge (yourpart-etherpad, Kahoot-Gamecreator, Padlet, Tricider) haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehr positiv bewertet. Im Workshop gab es eine Stillarbeitsphase am Smartphone, die von den Jugendlichen als außerordentlich spannend und intensiv kommentiert wurde.



Link zum eingesetzten Padlet: padlet.com/ertelt/jbjkonf

Link zur Tricider-Diskussion: www.tricider.com/brainstorming/3Q10Xupb4rx

MEHR ZU JUGEND.BETEILIGEN.JETZT UNTER:

<http://jugend.beteiligen.jetzt/>

JUGENDLICHE SOLLEN AKTIV IN POLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN MIT EINBEZOGEN WERDEN. PASSIERT DAS?

„Strukturierter Dialog“ – Ziel ist es, junge Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache ernst zu nehmen und sie aktiv in die Politikgestaltung einzubeziehen. Im Strukturierten Dialog bringen Jugendliche ihre Anliegen persönlich vor; Politik und Verwaltung setzen sich ernsthaft damit auseinander und geben ein Feedback.

Der strukturierte Dialog ist ein Werkzeug zur Beteiligung Jugendlicher an europäischer Politik. Bezugspunkt ist die EU-Jugendstrategie. Über Internetbeteiligung und Veranstaltungen vor Ort kommen Jugendliche aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union mit Politikerinnen und Politikern ins Gespräch. Mit den Ergebnissen des Dialogs arbeitet die Europäische Union weiter und gibt den Jugendlichen Feedback, was aus ihren Anliegen konkret geworden ist.

Ziel des Workshops war, den Strukturierten Dialog vorzustellen und Empfehlungen für die Weiterentwicklung zu erstellen. Mit einem Zeitstrahl wurde die bisherige Geschichte und Entwicklung des Strukturierten Dialogs präsentiert und die verschiedenen Schritte erläutert. Anschließend wurden Aussagen der Teil-

nehmenden zu ihren Erfahrungen und Eindrücken zum Strukturierten Dialog gesammelt. Die Grundidee des Strukturierten Dialogs wurde für gut befunden, jedoch sollte der Dialog in der Öffentlichkeit sichtbarer sein und mehr Wirkung entfalten. Kontrovers diskutiert wurde das Verhältnis von jugendlichem Engage-



gement bei zunehmendem Druck in der Schule. Grundsätzlich wurde die Länge und Komplexität des Prozesses bemängelt, und es gibt nur ein geringes Vertrauen, dass Informationen auch ankommen. Gelobt wurde die Orientierungsphase, die halbjährliche Beteiligung, die gute Anbindung an nationale Strukturen und das plurale Meinungsbild aufgrund der verschiedenen Ar-

beitsgruppen.

Anschließend wurden in Kleingruppen Empfehlungen für die weitere Entwicklung gesammelt und im Plenum diskutiert.

ZENTRALE EMPFEHLUNGEN ZUR WEITERENTWICKLUNG

- > Ergebnisse des Strukturierten Dialogs und die Feedbacks breiter in der Öffentlichkeit kommunizieren (Jugendringe, Verbände, Jugendämter, Schulen, Koordinierungsstelle, soziale Medien nutzen, ...)
- > Ratsdokumente in vereinfachter Sprache verfassen und veröffentlichen
- > Jugendliche stärker zu Aktivitäten anregen und sich für Umsetzung einsetzen
- > Jugendliche Delegierte in den Kommunen bestimmen, die die Umsetzung der Ergebnisse vorantreiben
- > Rückmeldungen der EU-Jugendministerinnen und -minister an Jugendliche verbindlich regeln
- > Umsetzungskommission oder EU-Jugendvertretungen sollten ein längeres Mandat haben

MEHR ZUM STRUKTURIERTEN DIALOG UNTER:

<https://www.strukturierter-dialog.de>

JUGEND GESTALTET UNSER ALLER ZUKUNFT MIT. WIE GEHT DAS?

„Jugend gestaltet Zukunft“ – Die deutsche Bevölkerung verändert sich. Wir werden weniger, wir werden bunter, wir leben immer länger. Um auf diese Entwicklung zu reagieren, gibt es die „Demografiestrategie“ der Bundesregierung. Eine von insgesamt zehn Arbeitsgruppen dieser Strategie vertritt die Interessen und Bedürfnisse der jungen Generation. Die AG „Jugend gestaltet Zukunft“ setzt auf Jugendbeteiligung – und braucht Feedback für die Beteiligungsformate auf Bundesebene.

Die im Oktober 2014 gegründete Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ soll die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen im Sinne einer Eigenständigen Jugendpolitik als eine neue Dimension in die Demografiestrategie der Bundesregierung einbringen. Besonders beleuchtet wird dabei die Situation von Jugendlichen im ländlichen Raum. Jugendbeteiligung wird in der



AG „Jugend gestaltet Zukunft“ nicht nur gefordert, sondern als verbindlicher Prozess u. a. in Kooperation mit dem Deutschen Bundesjugendring realisiert. Das Projekt [„Ichmache>Politik | Demografie“](#) lädt junge Menschen dazu ein, sich mit dem demografischen Wandel auseinanderzusetzen. In vielfältigen Formaten diskutieren Jugendliche zwischen 12 und

27 Jahren und artikulieren ihre Meinung off- und online (online über das ePartool). „Ichmache>Politik|Demografie“ bringt diese Positionen dann in die AG „Jugend gestaltet Zukunft“ ein. Darüber hinaus sorgt das Projekt „Jugend-Demografie-Dialog“ der Leuphana Universität Lüneburg mit Jugendkonferenzen und anderen Formaten für die Beteiligung junger Menschen an der Demografiestrategie. Diese Ergebnisse fließen auch in die Kommunalpolitik vor Ort ein. Die Forderungen der Jugendlichen finden zum Teil Eingang in die Empfehlungen der AG zu einer jugendgerechten Demografiepolitik.

Beim Workshop auf der Jugendkonferenz wurden zunächst Daten zum demografischen Wandel vorgestellt, die Arbeitsweise der AG und die genannten Beteiligungsformate ausführlich

präsentiert. Anhand von Fragen erarbeiteten die Jugendlichen ein Feedback zu den vorgestellten Beteiligungsprojekten und entwickelten Ideen für Partizipation auf Bundesebene.

Dabei wurden folgende Formate für eine jugendgerechte Beteiligung an Bundespolitik vorgeschlagen:

- > Mitbestimmung durch Konsultationen
- > Stärkung persönlicher Kontakte zwischen Politikern und Verbänden /Jugendlichen
- > Volksentscheid auf Bundesebene
- > Nutzung von Online-Foren und Apps
- > Umfragen an Schulen (Beteiligungsmethoden etablieren und bekannt machen)
- > Beteiligung als Schulfach oder im Curricula (Jugend über Rechte aufklären)
- > Absenkung des Wahlalters (Zukunft gestalten durch wählen gehen)
- > Einführung bundesweiter „Tage der offenen Politik“, bei denen Parlamente, Abgeordnete und Parteien für die Öffentlichkeit erfahrbar werden

Die Jugendlichen erwarten sich von einer stärkeren Beteiligungskultur eine gestärkte Lobby für Jugendliche, dafür seien ein gesellschaftliches Umdenken und das Ernstnehmen von Jugendlichen nötig. Von Politik wünschen sie sich mehr Motivation, in Dialoge mit Jugend zu treten. Jugendliche möchten nach einem Feedback auch bei der Umsetzung konkreter Ideen mitbestimmen. Die Teilnehmenden wünschen sich mehr Information, Expertise und eine offene, transparente Politik.

ZENTRALE EMPFEHLUNGEN ZUR WEITERENTWICKLUNG

Die Teilnehmenden hielten fest, dass

- > Beteiligung auf Bundesebene viele Stärken und Chancen birgt. Beispielsweise fördert Beteiligung das politische Engagement bei Jugendlichen,
- > Beteiligung direkter werden muss,
- > es keine Vorauswahl von Themen geben darf bzw. Beteiligung immer ergebnisoffen angegangen werden muss,
- > es keine Selektion bei Ergebnissen geben sollte, politische Gremien alles zur Kenntnis nehmen sollten,

- > Beteiligungsformate den Interessen von Jugendlichen entsprechen müssen,
- > Partizipation Distanz abbauen und wichtiges Feedback bieten kann,
- > Ergebnisse zeitnah und transparent umgesetzt werden sollten,
- > Beteiligungsmöglichkeiten bekannter gemacht werden müssen und möglichst wenig aufwändig sein sollten, beispielsweise durch Online-Verfahren,
- > Beteiligungsformate auch mit mehr Angeboten der politischen Bildung einhergehen müssen.

MEHR ZUR AG „JUGEND GESTALTET ZUKUNFT“ UNTER:

<https://www.jugendgerecht.de/demografiestrategie/ag-jugend-gestaltet-zukunft-/>

MIT DEM INNOVATIONSFONDS WERDEN PROJEKTE GEFÖRDERT.

WAS BRINGT DAS?

„Innovationsfonds für Projekte“ – Im Rahmen der Jugendstrategie werden innovative Projekte unterstützt. Die Interessen und Belange junger Menschen sollten dabei im Zentrum stehen. Konkrete Projekte für Jugendliche von 12 bis 27 Jahren waren von 2014 bis 2016 in den Bereichen Kulturelle und Politische Bildung, Internationale Jugendarbeit, Jugendverbands- und Jugendsozialarbeit aktiv.

Auf den Aufruf des Bundesjugendministeriums zur Interessenbekundung für praxisnahe Projekte zur Förderung der Eigenständigen Jugendpolitik waren 2014 insgesamt knapp 400 Interessenbekundungen eingegangen, 42 Projekte erhielten den Zuschlag. Für die einzelnen Handlungsfelder galten in der Förderphase 2014-2016 folgende inhaltliche Schwerpunkte:

- > Politische Bildung: Umgang der Jugendlichen mit dem demografischen Wandel
- > Kulturelle Bildung: Inklusion
- > Jugendverbandsarbeit: Demografischer Wandel unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung ländlicher Räume
- > Internationale Jugendarbeit: Anerkennung der internationalen Jugendarbeit als nicht formales Bildungsangebot
- > Jugendsozialarbeit: Soziale, schulische und berufliche Integration von Straßenkindern

Den jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Workshops wurden die Grundideen des Innovationsfonds und einige Beispielprojekte vorgestellt. Gefördert werden hier kreative und innovative Ansätze der Jugendarbeit. Im Anschluss wurden die Jugendlichen im Hinblick auf die anstehende Weiterentwicklung des Innovationsfonds um Empfehlungen gebeten. Am 6. Oktober 2016 fand diesbezüglich ein Fachgespräch des Bundesjugendministeriums mit beteiligten Trägern der freien Jugendhilfe statt. In diesem Fachgespräch wurden die För-



derphase 2014-2016 rückblickend betrachtet und etwaige Konsequenzen für die folgende Förderphase 2017-2019 diskutiert.

Die Ausgestaltung der Handlungsfelder wurde seitens des Bundesjugendministeriums im Hinblick auf die folgende Förderphase zum Teil thematisch angepasst. Die [aktuelle Ausschreibung](#) lag zur Jugendkonferenz bereits vor. Die Jugendlichen unterstützen die neuerdings stärkere Hervorhebung der Themen Migration und Flucht. Der Innovationsfonds mit seinen Möglichkeiten zur Förderung der Eigenständigen Jugendpolitik wird von den Jugendlichen insgesamt als gewinnbringendes Instrument bewertet.

ZENTRALE EMPFEHLUNGEN ZUR WEITERENTWICKLUNG

- > Warum muss es immer etwas Neues bzw. ein Projekt sein? Wenn es um Jugendgerechtigkeit geht, braucht es beständige Strukturen vor Ort.
- > Die Projekte sollten durch übergreifende und projektspezifische Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden. Jugendliche sollten vor Ort angesprochen und einbezogen werden.
- > Es sollte eine Plattform des Austauschs für die geförderten Projekte eingerichtet werden, die die Projekte sowohl off- als auch online zusammenbringt und vernetzt. Diese Plattform sollte darüber hinaus den direkten Kontakt zwischen Projekten, Jugendlichen und Bundesjugendministerium ermöglichen.
- > Die Ausschreibung und Beantragung sollte jugendgerechter ausgestaltet werden. ☐
- > Einzelne Jugendliche, Jugendgruppen und -initiativen sollten die Unterstützung ihrer Projekte selbst beantragen können.
- > Jugendliche wollen nicht nur „innovative“, sondern vor allem gute, funktionierende und sinnvolle Projekte umsetzen.

MEHR ZUM INNOVATIONSFONDS UNTER:

<https://www.jugendgerecht.de/innovationsfonds/>

EINE WERKZEUGBOX SOLL DABEI UNTERSTÜTZEN, JUGENDLICHEN VOR ORT GERECHTER ZU WERDEN. KANN SIE DAS?

„Werkzeugbox“ – Die Werkzeugbox „Jugend gerecht werden“ wird für Politik, Fachkräfte und Jugendliche vor Ort entwickelt. Mit dieser Werkzeugbox sollen ab Ende 2016 / Anfang 2017 zahlreiche Informationen und Arbeitsmaterialien in einem erweiterbaren, für alle zugänglichen Online-Angebot zur Verfügung gestellt werden. So dass Menschen jeden Alters ihre eigene Region und Kommune jugendgerechter machen können.

Die Themenfelder der Werkzeugbox richten sich nach den [Merkmale jugendgerechter Kommunen](#) und sind in vier Themenfelder untergliedert:

- > Heimat für Jugend
- > Bildung und Arbeit
- > Mitwirkung und Teilhabe
- > Strategien für Nachhaltigkeit

Die übergeordnete Fragestellung des Workshops war:

Wie kann die Werkzeugbox jugendgerechter (aus)gestaltet werden?

Insgesamt schätzten die Jugendlichen die Werkzeugbox als sinnvoll, nützlich, jugendgerecht und übersichtlich ein. Sie warnten vor einem Überangebot an Informationen und Angeboten und rieten, sich auf wesentliche und besonders relevante Materialien zu beschränken. Die Werkzeugbox sollte aktuell gehalten und – um eine möglichst breite Wirkung zu entfalten – insbesondere auf kommunaler Ebene intensiv beworben werden. Darüber hinaus sollte es für Außenstehende die Möglichkeit geben, die Inhalte der Werkzeugbox zu kommentieren und Ergänzungen



sowie Veränderungswünsche an die Koordinierungsstelle zu richten. Im Hinblick auf eine stetige Weiterentwicklung der Werkzeugbox sollten die [„Jugendgerechten Kommunen“](#) eng einbezogen und um ihr Feedback gebeten werden.

DAS LAYOUT DER WERKZEUGBOX

Die Koordinierungsstelle legte den Jugendlichen bestehende Entwürfe für die Gestaltung der Werkzeugbox vor. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden gebeten, ihre Einschätzung zu



folgenden Fragen zu geben: Ist die Gestaltung jugendgerecht? Spricht die Gestaltung Jugendliche an? Ist sie übersichtlich, sinnvoll und einleuchtend?

Das Feedback der Jugendlichen war tendenziell bestärkend und positiv. Veränderungswünsche waren sehr vielfältig.

Wesentliche Anregungen, die in die Weiterentwicklung der grafischen Entwürfe

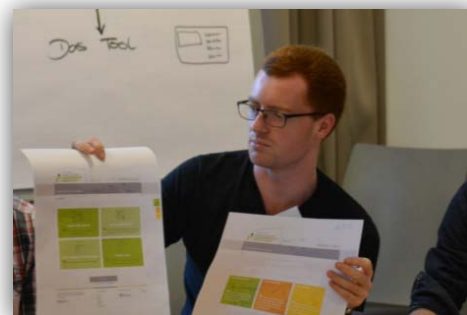
und in die Programmierung des Online-Angebots der Werkzeugbox einfließen, sind Folgende:

- > Die einzelnen Felder werden per Mouseover-Effekt hervorgehoben.
- > Ein zusätzliches Feld wird Nutzerinnen und Nutzer zum Feedback auffordern und hierfür auf der Startseite prominent platziert. Dieses Feld soll den direkten Kontakt zu Koordinierungsstelle ermöglichen.
- > Auf jeder Seite wird ein „Home“-Button angelegt.

BEISPIELTOOLS AUS EINEM THEMENFELD

Für eines der Themenfelder (Mitwirkung und Teilhabe) hatte die Koordinierungsstelle bereits einen Grundstock an möglichen Tools vorbereitet und die Teilnehmenden um eine Einschätzung zur Verständlichkeit und Nutzen der Tools gebeten.

Die vorgestellten Beispiel-Tools für die jugendliche Zielgruppe wurden von den Teilnehmenden als hilfreich für die Arbeit vor Ort bewertet. Sie gaben konkrete Anregungen zur Umformulierung



und Anpassung der Einführungstexte, um die Ansprache der Zielgruppe noch besser zu gestalten. Die Koordinierungsstelle wird die Anregungen in die Überarbeitung der Materialien übernehmen und übergeordnete Rückmeldungen bei der weiteren Erarbeitung geeigneter Tools einbeziehen.

IDEENSAMMLUNG FÜR WEITERE MATERIALIEN

Die Jugendlichen benannten im Anschluss eine Auswahl an weiteren Angeboten für alle Themenfelder, die für Jugendliche in Kommunen hilfreich sein können. Die Koordinierungsstelle wird ihre Materialsammlung durch die von den Jugendlichen genannten Angebote ergänzen.

- > Übersicht von Ansprechpartner und kommunalen Zuständigkeiten
- > Creative Maps und Stadtplan-Tools
- > Möglichkeiten zur Berufsvorbereitung und -orientierung (Messen, Berufsfinder etc.)
- > Verlinkung zu Stellen, die Arbeitgeber und Jugendliche vernetzen
- > Möglichkeiten für Engagement
- > Vernetzung von Engagierten und Angeboten
- > Informationen zu Projekten und Beteiligungsmöglichkeiten (on- und offline)
- > Fundraising und Fördermöglichkeiten
- > Fortbildungsangebote

MEHR ZUR WERKZEUGBOX UNTER:

<https://www.jugendgerecht.de/jugendgerecht-vor-ort/werkzeugbox/>

FEEDBACK ZUR JUGENDSTRATEGIE DES BUNDESJUGENDMINISTERIUMS

DISKUSSION IM PLENUM MIT VERTRETERINNEN UND VERTRETERN DER JUGENDSTRATEGIE

Den Abschluss der Veranstaltung bildete eine Diskussion der Jugendlichen mit Vertreterinnen und Vertretern des Planungsstabs der Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ und weiteren Gestaltungspartnern der Jugendstrategie. Anwesend waren:

- > Hans Brandtner (Service- und Transferstelle EU-Jugendstrategie / JUGEND für Europa)
- > Regina Offer (Deutscher Städtetag)
- > Daniel Poli (IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V.)
- > Jürgen Schattmann (Oberste Landesjugendbehörden / Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen)
- > Jana Schröder (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)
- > Clara Wengert (Deutscher Bundesjugendring)
- > Rainer Wiebusch (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

BILDUNGSPOLITIK

Die Debatte startete zunächst mit dem Thema „Bildungspolitik“. Die Jugendlichen forderten ein einheitliches, deutschlandweites Abitur. Jürgen Schattmann erwiderte, dass es aus Gerechtigkeitsgründen dann auch darum gehen müsste, alle Fragen der Bildungspolitik bundesweit einheitlich zu regeln, nicht nur die Abschlussprüfung. Dies entspreche jedoch nicht den Regelungen im Grundgesetz, da Bildungspolitik den Ländern zugeordnet sei. Eine Vereinheitlichung der Bildungspolitik sei auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus dem Nationalsozialismus nicht erstrebenswert. Zudem gebe es durch die Absprachen in der Kultusministerkonferenz einen gemeinsamen Rahmen, der bundesweit Geltung habe. Ein jugendliches Mitglied einer Schülervvertretung kritisierte daraufhin, dass dieser gemeinsame Rahmen als mangelhaft gesehen werde und Schulwechsel zwischen zwei Bundesländern weiterhin problematisch seien.

Zudem wurde angemerkt, dass sich bei einem Bundeskultusministerium deutliche Einsparungen ergeben würden, die dann wiederum in das Lehrpersonal investiert werden könnten. Entsprechende verfassungsrechtliche Bedenken seien durch eine Föderalismusreform behebbar. Jürgen Schattmann hielt dagegen, dass der Föderalismus ein Wert an sich wäre und man durch die Verteilung der Aufgaben auf verschiedene politische Ebenen nachhaltigere Veränderungen erzielen könne als bei einer kurzfristigen, an Legislaturperioden orientierten Politik denkbar wären. Regina Offer ergänzte, dass Bildungspolitik auch auf kommunaler Ebene gestaltet werde und dort Veränderungen deutlich einfacher möglich seien als auf Bundesebene, wo Veränderungsprozesse deutlich länger dauerten. Eine jugendliche Vertreterin stimmte zu, dass Entscheidungswege auf Landesebene deutlich kürzer seien und die Landeszuständigkeit für Bildung ein Vorteil sei, auch wenn die Zusammenarbeit zwischen den politischen Ebenen noch besser werden müsse.

Rainer Wiebusch ergänzte, dass es derzeit in Deutschland keine politischen Mehrheiten gäbe, um die 16 Kultusministerien abzuschaffen, weshalb diesbezügliche Überlegungen gegenstandslos seien. Dennoch gebe es Kontakte des Bundesjugendministeriums mit der



KMK, um z. B. auf Beteiligungsrechte für Schülervertretungen hinzuweisen und mehr Demokratie an Schulen einzufordern. Hans Brandtner warb für einen breiteren Bildungsbegriff, der auch informelles Lernen berücksichtigt. Hierzu gebe es mit dem europäischen Jugendprogramm ein attraktives Angebot für Jugendliche, von dem auch teilnehmende Kommunen profitieren könnten. Von diesen informellen Prozessen könne auch Schule lernen, insbesondere wenn es um Jugendbeteiligung ginge.

MITBESTIMMUNG AUF ZEIT

Ein weiteres Anliegen der Jugendlichen war Mitbestimmung auf Zeit. Die derzeitigen Mitbestimmungsmöglichkeiten seien oft durch Satzungen und Strukturen auf längerfristige Mitwirkungen angelegt. Jungen Menschen kämen spontanere, flexiblere Beteiligungsmöglichkeiten eher entgegen. In zu starren Strukturen verliere man junge Menschen, und die wenigen, die sich engagieren, würden zu ihrem Engagement oftmals überredet. Clara Wengert fragte, wie ein Ehrenamt gestaltet werden müsse, damit Jugendliche sich engagieren können. Eine Anpassung an die vielfältigen Rahmenbedingungen jugendlicher Lebenswelten – die bspw. zeitliche Flexibilität voraussetzen – sei hier ein zentraler Aspekt. Für bessere Rahmenbedingungen mache



sich der deutsche Bundesjugendring immer wieder stark, so Clara Wengert. Die Jugendlichen ergänzten, dass Angebote oftmals kaum bekannt seien und mehr Jugendliche angesprochen werden müssten. Rainer Wiebusch fügte hinzu, dass es für verschiedene Engagementzeiträume und -formen Jugendlicher stabile Basisstrukturen bräuchte, welche

über Hauptamtlichkeit ermöglicht werden könnten. Die Jugendlichen stimmten zu und äußerten den Wunsch nach einer entsprechenden Unterstützung dieser Strukturen durch Mittel der Bundesregierung.

ANERKENNUNG UND WERTSCHÄTZUNG VON ENGAGEMENT

Die gesellschaftliche Anerkennung von jugendlichem Engagement sei noch zu gering, beispielsweise durch Rabatte für Jugendleitungen. Hier könne die Bundesebene noch stärkere Impulse in die Gesellschaft geben. Daniel Poli stimmte diesen Ausführungen zu und verwies darauf, dass die Projekte der internationalen Jugendarbeit im Innovationsfonds sich genau diesem Thema gewidmet und konkrete Wege der Anerkennung entwickelt hätten. Regina Offer ergänzte zur Frage nach Strukturen, ein Thema könne durch das Engagement vor Ort erst die

notwendige Lebendigkeit entwickeln und müsse vor Ort ausgestaltet werden. Jürgen Schattmann ergänzte, dass es in NRW über die Ehrenamtskarte eine formale Anerkennung gebe, die bestimmte Vergünstigungen ermöglicht. Eine Zertifizierung hingegen sei schwierig, da nicht klar sei, was eigentlich zu zertifizieren sei. Möglichkeiten für eine Anerkennung von freiwilligem Engagement würden jedoch projekthaft ausprobiert. Auf Entwicklungen wie die Verknappung der Freizeit durch die Verkürzung des Abiturs auf zwölf Jahre und die Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge habe der Jugendbereich aktuell keinen Einfluss mehr. Rainer Wiebusch verwies abschließend auf die Empfehlungen für Kommunen, Vereine und Verbände zur Unterstützung jugendlichen Engagements, die im bald erscheinenden Engagementbericht der Bundesregierung stehen werden.

PARTIZIPATION UND INTEGRATION JUNGER GEFLÜCHTETER

Die Jugendlichen sprachen als nächstes den Aspekt der Partizipation und Integration junger Geflüchteter an, die in der Jugendstrategie bislang noch nicht ausreichend mit einbezogen würden. Denkbar seien Projekte, die geflüchtete Jugendliche bei Alltagsproblemen unterstützen oder in Kontakt mit nicht-geflüchteten Jugendlichen bringen könnten. Die Zielgruppe der Mädchen und jungen Frauen sei besonders zu berücksichtigen. Rainer Wiebusch führte aus, dass das Thema junge Geflüchtete in den Referenzkommunen durchaus bearbeitet würde und es in den Bundesministerien eigene Flüchtlingsstäbe gebe. Hans Brandtner ergänzte, dass es bei der Nationalagentur Erasmus+ bereits eine ganze Reihe europäischer Projekte gebe, die das Thema aufgreifen würden und für die Zielgruppe junger Geflüchteter offen seien. Weitere Informationen gebe es auf den [Seiten der Nationalagen-](#)

[tur](#). Ein Jugendlicher berichtete, dass die Integration vor Ort oft an einfachen Dingen wie einer Übersetzung scheitere. Clara Wengert wies darauf hin, dass in den Jugendverbänden schon sehr viel zum Thema passiere und die Angebote gemeinsam mit Geflüchteten entstünden. Aktuell hat der Bundesjugendring eine



[Broschüre zur Jugendverbandsarbeit mit jungen Geflüchteten veröffentlicht \(PDF, 1,2 MB\)](#). Eine andere Teilnehmerin ergänzte, dass es insbesondere für volljährige junge Geflüchtete schwer sei, einen Platz in der Schule zu bekommen. Jürgen Schattmann erklärte, dass es derzeit nicht an finanziellen Mitteln fehle, sondern an Personal und Räumen – hierfür brauche es gerade auch ein bisschen mehr Zeit, man sei aber bereits auf einem guten Weg. Man könne allerdings auch schon mit einfachen Mitteln helfen. Das Land NRW unterstütze beispielsweise die Arbeit geflüchteter Jugendlicher, die sich unter dem Namen „Jugendliche ohne Grenzen“ zusammen geschlossen haben. Daraufhin wiesen die Jugendlichen auf eine Statistik hin, der zufolge Schulgebäude in Deutschland nach 15 Uhr oft leer stünden, was im internationalen Vergleich sehr unüblich sei.

ALLE JUGENDLICHEN ERREICHEN¹

Anschließend führten die Teilnehmenden aus, dass bestimmte Gruppen von Jugendlichen außen vor gelassen würden und in vielen Jugendbeteiligungsprojekten am Ende vor allem die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten unter sich bleiben würden. Da diese Beobachtung stimme, so Jürgen Schattmann, halte das Land NRW beispielsweise die Hälfte der FÖJ-Plätze für Hauptschülerinnen und -schüler frei und setze bei der Förderung vor Ort gezielte Schwerpunkte auf Projekte, die Beteiligungsprozesse nicht mit den „üblichen Verdächtigen“ anstoßen. Damit habe man gute Erfahrungen gemacht. Bei den Servicestellen Jugendbeteiligung des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe oder auf Bundesebene gebe es auch hierzu passende Beratungsangebote.



¹ Die zur Jugendkonferenz eingeladenen Straßenjugendlichen mussten ihre Teilnahme an der Veranstaltung leider kurzfristig absagen und konnten ihre Perspektive nicht in die Diskussionen und Empfehlungen einbringen. Ihre Anliegen an Jugendpolitik und Gesellschaft wurden auf der „Konferenz der Straßenkinder und Flüchtlingskinder“ festgehalten (September 2016) und sind einzusehen auf der [Konferenzhomepage](#) vom Bündnis für Straßenkinder in Deutschland c/o KARUNA Zukunft für Kinder und Jugendliche in Not e. V.

Regina Offer verwies auf das Projekt „Kommune goes international“, welches gezielt interkulturelle Kompetenzen stärke und auch weniger privilegierten Jugendliche internationale Erfahrungen ermögliche. Daniel Poli ergänzte, dass digitale Jugendbeteiligung zusätzliche Beteiligungschancen für bildungsferne



Jugendliche schaffen könne, auch wenn das kein Allheilmittel sei.

FÖRDERUNG VON KINDER- UND JUGENDARBEIT

Ein Teilnehmer führte aus, dass Beteiligung und Förderung von Kinder- und Jugendarbeit eigentlich schon per Gesetz Aufgabe jeder Kommune seien, und dass dieser Anspruch von Jugendlichen noch stärker angemeldet werden müsse. Er kritisierte, dass Projektfinanzierungen immer nur auf aktuelle Probleme reagieren und kommunale Pflichtaufgaben vernachlässigt würden. Er würde sich freuen, wenn künftig wieder mehr Regelförderung und weniger Projektförderung möglich wären. Daniel Poli führte aus, dass Projektförderung sehr hilfreich sei, um mit neuen Akteuren auch einfach mal Dinge auszuprobieren. Clara Wengert hingegen stimmte dem Teilnehmenden zu und merkte an, dass mittlerweile viel Energie nur darauf verwendet werde, Fördermittel einzuwerben.

FEEDBACK DER GÄSTE

Nach der Fishbowl-Diskussion gaben die Gäste der Jugendkonferenz Feedback zu ihren Eindrücken. Hans Brandtner nahm mit, dass wirkungsvolle Partizipation in der Jugendstrategie noch viel stärker betont werden müsse und dass noch mehr Jugendliche erreicht werden müssten. Zudem sehe er im internationalen Austausch noch viel Potential für jugendgerechte Kommunen. Regina Offer äußerte die Hoffnung, dass die Kommunen weiterhin Interesse und Engagement zeigen, um mit den Jugendlichen gute Lösungen vor Ort zu finden. Clara Wengert bekräftigte, dass der Bundesjugendring für viele der genannten Themen bereits engagiert sei und

bat darum, diese Themen gemeinsam anzubringen. Daniel Poli sagte zu, die Ergebnisse des Workshops zum Innovationsfonds in die weiteren Planungen einzubringen und die Anregungen zu jugend.beteiligen.jetzt zu berücksichtigen. Jana Schröder würdigte die Jugendkonferenz dafür, dass sie ihr Ziel erreicht habe: Einen Abgleich der Einzelvorhaben der Jugendstrategie mit jugendlichen Lebenswelten. Das Feedback sei sehr differenziert und zeige die intensive Beschäftigung mit den Themen. Dabei sei aber auch deutlich geworden, dass die Jugendstrategie als Ganzes noch zu diffus sei und noch mehr öffentliche Wahrnehmung brauche. Rainer Wiebusch schloss damit, dass er froh sei, sowohl am ersten als auch am letzten Tag der Jugendkonferenz teilgenommen zu haben. Mit der Dokumentation der Veranstaltung werde im Ministerium weiter gearbeitet, und er könne sich gut vorstellen, die Jugendkonferenz zu wiederholen, da er die Teilnehmenden als kompetent und engagiert wahrgenommen habe. Er nehme mit, dass die Kommunikation, auch auf www.jugendgerecht.de noch jugendgerechter werden müsse. Fördermöglichkeiten müssten zugänglicher sein für Minderjährige und für Jugendinitiativen. Die Lobbyarbeit für Jugendliche und ihre Themen müsse ebenfalls intensiviert werden, um realitätsnahe Bilder von Jugendlichen zu erzeugen und zu erreichen, dass Jugendliche in all ihrer Vielfalt wahrgenommen und geschätzt werden. Zudem sei die Botschaft klar und deutlich angekommen, dass noch mehr Jugendliche erreicht werden müssten, bereits gestartete Initiativen müssten verstärkt werden. Zu guter Letzt sei die Jugendstrategie nur so gut, da zahlreiche Partnerinnen und Partner mit dem zuständigen Referat zusammen arbeiteten, und dieses Netzwerk müsse weiter gepflegt werden.



AUSBLICK

Zum Abschluss der Jugendkonferenz hat Rainer Wiebusch, Leiter des Referats „Eigenständige Jugendpolitik“ im Bundesjugendministerium, das Feedback der Jugendlichen in den Blick genommen, es kommentiert und einen Ausblick zum kommenden Prozess gegeben. Das Bundesjugendministerium bedankt sich bei allen Gestaltungspartnern, die die Jugendkonferenz mit vorbereitet, durchgeführt und durch aktive Teilnahme mit ausgestaltet haben. Ein besonderer Dank gilt den teilnehmenden Jugendlichen. Eine elementare Prämisse der Jugendstrategie und ihrer Einzelvorhaben ist die Beteiligung von Jugendlichen, die auch in der Jugendkonferenz Wirkung hat.

Auf Basis der Rückmeldungen der Jugendlichen nimmt die Koordinierungsstelle den Auftrag mit, sich innerhalb der Jugendstrategie für eine jugendgerechtere Kommunikation und Information zu bemühen. Die Jugendstrategie wird von den Jugendlichen noch als zu diffus wahrgenommen, auch deshalb soll sie einen verständlicheren Rahmen bekommen. Hierzu gehören die jugendgerechte Aufbereitung der Grundsätze Eigenständiger Jugendpolitik ebenso wie die Aufbereitung der Jugendstrategie über die Onlinepräsenz www.jugendgerecht.de. Um die Relevanz der Eigenständigen Jugendpolitik sichtbarer zu machen, möchte das Bundesjugendministerium seine Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit verstärken und das Thema „Jugendgerechtigkeit“ auf allen Ebenen in der Politik und ressortübergreifend stärken.

Die Koordinierungsstelle wird mit den Jugendlichen in Kontakt bleiben, die an der Jugendkonferenz teilgenommen haben. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden künftig über Entwicklungen in den Einzelvorhaben informiert. Darüber hinaus hat das Bundesjugendministerium angekündigt, die Jugendkonferenz als Beteiligungsformat verstetigen zu wollen. Deshalb wird 2017 wieder eine Jugendkonferenz stattfinden. Hierzu sind alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jugendkonferenz 2016 herzlich eingeladen. Überdies wird die Koordinierungsstelle erneut eine offene Einladung an alle interessierten Jugendlichen aussprechen, um den Kreis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu vergrößern und eine möglichst breite Vielfalt an Jugendlichen zu erreichen.

DANKSAGUNG

Die Jugendkonferenz zur Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ 2015-2018 wäre nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung zahlreicher Partnerinnen und Partner. Unser Dank gilt daher:

- > dem Referat „Eigenständige Jugendpolitik“ des Bundesjugendministeriums, insbesondere Rainer Wiebusch und Jana Schröder
- > Rebekka Bendig und Berit Nissen für die Moderation der Konferenz und die fachliche Unterstützung im Vorfeld
- > den Patinnen und Paten der Workshops: Ann-Kathrin Fischer, Michael Bandt, Annica Starke-Mutschler (Deutscher Bundesjugendring), Jürgen Ertelt, Daniel Poli (IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V.), Kirsten Witt (Bundesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung), Frank von Woedtke (Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben) und Thomas Heppener (Bundesjugendministerium, Referat Demokratie und Vielfalt)
- > den Mitwirkenden an der Abschlussdiskussion: Hans Brandtner (Service- und Transferstelle EU-Jugendstrategie / JUGEND für Europa), Regina Offer (Deutscher Städtetag), Daniel Poli (IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V.), Jürgen Schattmann (Oberste Landesjugendbehörden / Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen), Jana Schröder (Bundesjugendministerium), Clara Wengert (Deutscher Bundesjugendring), Rainer Wiebusch (Bundesjugendministerium)
- > der Redaktion der Jugendpresse Deutschland / Politik Orange: Jan Batzner, Isabel Pfannkuche, Katharin Tai, Jonas Walzberg, Paul Wischnowski
- > den Jugendlichen, die die Jugendkonferenz drei Tage lang so intensiv mit ihrem Engagement mit Leben gefüllt haben

Bildnachweis: Die Bilder in dieser Publikation sind von Jonas Walzberg und Paul Wischnowski, © Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“.

ANHANG:

KURZBESCHREIBUNG DER JUGENDSTRATEGIE UND IHRER EINZELVORHABEN

JUGENDSTRATEGIE 2015-2018:

„HANDELN FÜR EINE JUGENDGERECHTE GESELLSCHAFT“

Unter dem Titel „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ soll die **Jugendstrategie des Bundesjugendministeriums** dazu beitragen, allen jungen Menschen zwischen **12 und 27 Jahren** gute Chancen, umfassende Teilhabemöglichkeiten und attraktive Perspektiven auf ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Sie sollen Angebote für jede notwendige **Förderung und Unterstützung** erhalten, die sie für ihre Entwicklung zu eigenständigen Persönlichkeiten brauchen.

Mit der Jugendstrategie rücken die **Interessen und Bedürfnisse** junger Menschen in den Mittelpunkt politischen Handelns: Ihre Belange sollen bei allen Gestaltungsprozessen **berücksichtigt werden**, sie sollen dabei **mitentscheiden**. Jugendpolitik soll sowohl als starkes, koordinierendes Ressort auftreten als auch einem Querschnittsanspruch gerecht werden – entsprechend bedarf es einer weitreichenden und gemeinsamen Strategie aller Politikfelder.

Die Jugendstrategie hat auch eine gesellschaftliche Zielrichtung: Die Gesellschaft hat Platz für Jugendliche, ihre Interessen und Bedürfnisse sind handlungsleitend für alle relevanten Akteure. Jugendliche haben **eigene Räume**, sind in der Öffentlichkeit sicht- und hörbar, werden respektiert und wertgeschätzt. **Jugendbilder sind möglichst realistisch**, es gibt eine **lebendige Jugendkultur**.

Unter dem Dach der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ werden unter anderem folgende Einzelvorhaben verfolgt: die Entwicklung eines Jugend-Checks als Sensibilisierungs- und Prüfinstrument für jugendgerechte Politik, die Stärkung des Themas „Jugend“ im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung und der Transfer der eigenständigen Jugendpolitik auf die Landes- und die kommunale Ebene. Es geht auch um realistische Jugendbilder in Politik und Öffentlichkeit. Besonders wichtig sind die wirkungsvolle Beteiligung von Jugendlichen und ihren Interessensvertretungen sowie die Verbindung mit der EU-Jugendstrategie.

Laufzeit: 2015-2018

Ebene: Europa / Bund / Länder / Kommunen

EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK: DIE THEORIE HINTER DER STRATEGIE

Eigenständige Jugendpolitik bezeichnet einen Politikansatz, der die **Interessen und Bedürfnisse** von jungen Menschen zwischen **12 und 27 Jahren** in den Mittelpunkt ressortübergreifenden politischen Handelns stellt.

Eine besonders wichtige Rolle spielt die kommunale Ebene, welche räumlich und politisch den jugendlichen Lebenswelten am nächsten ist. Aber auch die Länder bekennen sich mit konkreten Initiativen und Beschlüssen zur Eigenständigen Jugendpolitik, so geschehen z.B. mit einem Beschluss des Bundesrates in 2013 und zahlreichen Beschlüssen auf Landesebene und Bekennnissen in Koalitionsverträgen.

Auf Bundesebene ist die Eigenständige Jugendpolitik **im Koalitionsvertrag verankert**. Von einer neuen, ressortübergreifenden Jugendpolitik ist darin die Rede, von einer „Jugendpolitik, die die Belange aller jungen Menschen im Blick hat“. Freiräume, Chancen und Rückhalt stehen ebenso im Koalitionsvertrag wie ein Jugend-Check, der Maßnahmen auf die Vereinbarkeit mit den Interessen junger Menschen überprüft. Außerdem will die Bundesregierung die Partizipation und das Engagement Jugendlicher stärken und für mehr Anerkennung sorgen.

Alle Einzelvorhaben der Jugendstrategie sind den Leitlinien für eine Eigenständige Jugendpolitik verpflichtet. Diese geben einen kompakten Überblick über die Beweggründe und Anforderungen der Jugendstrategie.

LEITLINIEN EIGENSTÄNDIGER JUGENDPOLITIK

- > Eigenständige Jugendpolitik richtet sich an alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sie eröffnet gesellschaftliche **Perspektiven und Teilhabemöglichkeiten**, die für junge Menschen attraktiv sind, so dass sie ihr Leben selbstbestimmt gestalten und mit Zuversicht in die Zukunft blicken können.
- > Eigenständige Jugendpolitik ist vorbeugend und ausgleichend, sie ermöglicht allen Jugendlichen mit unterschiedlichen Ausgangslagen **faire Chancen**. Besondere Unterstützung bietet sie jungen Menschen, die unter erschwerten Bedingungen leben oder die den gesellschaftlichen Anforderungen noch nicht gewachsen sind.

- > Eigenständige Jugendpolitik fördert geeignete Verfahren und Strukturen wie Selbstorganisationen und Zusammenschlüsse, damit Jugendliche ihre Interessen geltend machen können. Jugendliche sollen **mitentscheiden**, wie ihre Lebenswelten gestaltet werden und wie ihre Zukunft beeinflusst wird. Sie sind Expertinnen und Experten in eigener Sache und steuern Wesentliches zu gesellschaftspolitischen Themen bei.
- > Eigenständige Jugendpolitik ist eine **gesamtgeseellschaftliche Aufgabe**, die nur mit allen relevanten Akteuren – unter anderem Schule, Jugendhilfe, Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft und der jungen Generation selbst – erfolgreich gestaltet werden kann.
- > Eigenständige Jugendpolitik macht Potenziale und Chancen, die unsere Gesellschaft durch die Jugend erhält, sichtbar und erfahrbar. Sie wertschätzt das Engagement Jugendlicher und befördert ihr **positives Bild** in der Öffentlichkeit.

Entwicklung: 2011-2014 / Umsetzung: 2015-2018

Ebene: Europa / Bund / Länder / Kommunen

KOORDINIERUNGSSTELLE:

UNTERSTÜTZUNG FÜR EINE JUGENDGERECHTE POLITIK UND GESELLSCHAFT

Die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ ist ein zentraler **Gestaltungspartner des Bundesministeriums** für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Umsetzung von dessen Jugendstrategie 2015-2018.

Die Kernaufgabe der Koordinierungsstelle besteht darin, die **Grundsätze der Eigenständigen Jugendpolitik bundesweit zu verbreiten**. Im Mittelpunkt steht die gezielte Vermittlung auf die kommunale Ebene und die Unterstützung von Strategien für eine jugendgerechte Politik und Gesellschaft vor Ort. Darüber hinaus arbeitet die Koordinierungsstelle bei der **Weiterentwicklung und Umsetzung** der Jugendstrategie fachlich eng mit allen Akteuren zusammen und sorgt für deren **Vernetzung**.

Das beratende Gremium der Koordinierungsstelle (**Planungsstab**) setzt sich aus zentralen Gestaltungspartnern der Jugendstrategie zusammen:

- > Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ
- > Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege
- > Bundesjugendkuratorium
- > Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- > Deutscher Bundesjugendring
- > Deutscher Landkreistag
- > Deutscher Städtetag
- > Deutscher Städte- und Gemeindebund
- > Deutsches Jugendinstitut
- > JUGEND für Europa (Service- und Transferstelle EU-Jugendstrategie)
- > Oberste Landesjugendbehörden
- > Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“
- > AGJ-Geschäftsstelle

Laufzeit: 2015-2018

Ebene: Europa / Bund / Länder / Kommunen

JUGENDGERECHT VOR ORT: KONKRETE UMSETZUNGSMÖGLICHKEITEN

Eigenständige Jugendpolitik soll vor Ort zu konkreten Verbesserungen in der Lebenswelt von Jugendlichen beitragen, faire und wirkungsvolle Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen und sich grundsätzlich an alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen richten.

Die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ richtet sich mit folgenden Angeboten an die Akteure vor Ort:

- > Sie entwickelt die **Werkzeugbox „Jugend gerecht werden“**, für Politik, Fachkräfte und Jugend vor Ort. Mit der Werkzeugbox werden zahlreiche Informationen und Arbeitsmaterialien in einer erweiterbaren, für alle zugänglichen Werkzeugbox zur Verfügung gestellt, mit der Menschen jeden Alters ihre eigene Region und Kommune jugendgerechter machen können. Sie ging im Februar 2017 online.
- > Von Herbst 2015 bis Mitte 2018 begleitet die Koordinierungsstelle insgesamt **16 Kommunen auf ihrem Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit**. Dabei spielen nicht nur die Jugend sowie Politik und Verwaltung eine Rolle, sondern auch weitere gesellschaftliche Akteure vor Ort (etwa Zivilgesellschaft, Jugendhilfe, Arbeitswelt/Wirtschaft, Medien und Schule). Das Ziel ist, auf bestehende Strukturen aufzubauen und über den Projektzeitraum hinaus eine Eigenständige Jugendpolitik zu verankern. Dafür kann es nicht das eine, richtige Modell geben, sondern es sind 16 Ziele zu benennen und 16 Wege zu beschreiten. In einem gemeinsamen Prozess haben diese Kommunen auch Gelegenheit, themen- und anlassbezogen voneinander zu lernen.

Laufzeit „Jugendgerechte Kommunen“: 2015-2018

Online-Gang Werkzeugbox: 2017

Ebene: Kommunen

JUGEND-CHECK:

ÜBERPRÜFUNG VON UND SENSIBILISIERUNG FÜR JUGENDGERECHTIGKEIT

Die Entwicklung des Jugend-Checks für den Bund ist ein jugendpolitisches Vorhaben aus dem **Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD für die 18. Wahlperiode** und Teil der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ des Bundesjugendministeriums:

„Wir werden gemeinsam mit den Jugendverbänden einen ‚Jugend-Check‘ entwickeln, um Maßnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit den Interessen der jungen Generation zu überprüfen.“

Der Jugend-Check soll wirkungsvoll, verbindlich und ein **Beitrag für gute Gesetzgebung** sein. Er soll alle mit der Vorbereitung von Normen befassten Stellen des Bundes für die Auswirkungen auf junge Menschen sensibilisieren und diese Auswirkungen fundiert darstellen, damit sie dem Gesetzgeber bekannt sind und bei seiner Entscheidung berücksichtigt werden können. Die Forderung nach einem Jugend-Check als wirksames **Sensibilisierungs- und Prüfinstrument für jugendgerechte Politik** entspricht einem Grundsatz Eigenständiger Jugendpolitik:

„Bei allen Gestaltungsprozessen unserer Gesellschaft sind die Belange junger Menschen zu berücksichtigen und mitzudenken.“

Der Jugend-Check ist derzeit im letzten Stadium seiner Entwicklung und soll 2017 umgesetzt werden. Das Bundesjugendministerium beteiligt an der Entwicklung und Erprobung den Deutschen Bundesjugendring, das Bundesjugendkuratorium, die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe und das Institut für Gesetzesfolgenabschätzung Speyer.

Entwicklung: 2015-2016 / voraussichtliche Umsetzung: 2017

Ebene: Bund

AG „JUGEND GESTALTET ZUKUNFT“: DIE STIMME DER JUNGEN GENERATION

Die im Oktober 2014 gegründete Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ soll die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen im Sinne einer Eigenständigen Jugendpolitik als eine neue Dimension in die **Demografiestrategie der Bundesregierung** einbringen. Besonders beleuchtet wird dabei die Situation von Jugendlichen im ländlichen Raum.

Jugendbeteiligung wird in der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ nicht nur gefordert, sondern als verbindlicher Prozess in Kooperation mit dem Deutschen Bundesjugendring realisiert. Das Projekt **„Ich mache>Politik | Demografie“** lädt junge Menschen dazu ein, sich mit dem demografischen Wandel auseinanderzusetzen. In vielfältigen Formaten diskutieren Jugendliche zwischen 12 und 27 Jahren und artikulieren ihre Meinung off- und online (online über das ePartool). „Ich mache>Politik|Demografie“ bringt diese Positionen dann in die AG „Jugend gestaltet Zukunft“ ein. Darüber hinaus sorgt das Projekt **„Jugend-Demografie-Dialog“** der Leuphana Universität Lüneburg mit Jugendkonferenzen und anderen Formaten für die Beteiligung junger Menschen an der Demografiestrategie. Diese Ergebnisse fließen auch in die Kommunalpolitik vor Ort ein.

Die Interessen und Bedürfnisse der Jugend fließen Anfang 2017 in die **Empfehlungen der AG zu einer jugendgerechten Demografiepolitik** ein und sollen die Demografiestrategie der Bundesregierung weiterqualifizieren.

Laufzeit: 2014-2017

Ebene: Bund / Landkreise

INNOVATIONSFONDS FÜR PROJEKTE:

FÖRDERUNG DER EIGENSTÄNDIGEN JUGENDPOLITIK

Im Rahmen des Kinder- und Jugendplanes als dem bundespolitischen Förderinstrument in der Kinder- und Jugendhilfe sollen mit dem Innovationsfonds neue, jugendpolitische Herangehensweisen in die Fläche getragen und verstetigt werden. Dadurch sollen Impulse für neue Wege gesetzt werden. Bei sämtlichen Projekten, die aus dem Innovationsfonds gefördert werden, stehen die Interessen junger Menschen im Vordergrund:

- > Die Projekte sollen aus der Perspektive der Jugend und mit Jugendlichen gemeinsam geplant und durchgeführt werden.
- > Zu einem guten, partizipativen Ansatz gehört insbesondere, dass die Jugendlichen sehen, dass sie mit dem Projekt etwas nachhaltig verändern oder bewirken können.
- > Die unmittelbare Einflussnahme von Jugendlichen auf die Gestaltung ihrer Lebenswelt soll im Rahmen der Projekte unterstützt und befördert werden.
- > Die Projekte binden neben Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe weitere Gestaltungspartner aus Schule, Politik, Verwaltung, Wirtschaft bzw. Zivilgesellschaft aktiv mit ein.

2014-2016: Auf den Aufruf des Bundesjugendministeriums zur Interessenbekundung sind insgesamt knapp 400 Interessenbekundungen eingegangen, 42 Projekte haben den Zuschlag erhalten. Für die einzelnen Handlungsfelder galten folgende inhaltliche Schwerpunkte:

- > Politische Bildung: Umgang der Jugendlichen mit dem demografischen Wandel
- > Kulturelle Bildung: Inklusion
- > Jugendverbandsarbeit: Demografischer Wandel unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung ländlicher Räume
- > Internationale Jugendarbeit: Anerkennung der internationalen Jugendarbeit als nicht formales Bildungsangebot
- > Jugendsozialarbeit: Soziale, schulische und berufliche Integration von Straßenkindern

2017-2019: Im Sommer 2016 hat es bereits einen erneuten Aufruf zur Interessensbekundung für die neue Förderphase ab 2017 gegeben (Bewerbungsfrist: 15. Oktober 2016).

Für die einzelnen Bereiche sind wieder inhaltliche Schwerpunkte ausgewiesen:

- > Politische Bildung: Flucht, Migration, Heimat und Religion – Was hält unsere Gesellschaft zusammen?
- > Jugendverbandsarbeit: Zugang von Menschen mit Fluchthintergrund zur Jugendverbandsarbeit
- > Kulturelle Bildung: Inklusion
- > Internationale Jugendarbeit: Mehr Austausch und Begegnung - Jugend gestaltet Information und Beratung
- > Jugendsozialarbeit: Soziale, schulische und berufliche Integration von Straßenkindern

Laufzeit: 2014-2016 / 2017-2019

Ebene: Bund / Kommunen

JUGEND.BETEILIGEN.JETZT: FÜR DIE PRAXIS DIGITALER PARTIZIPATION

Wie lässt sich gesellschaftliche und politische Teilhabe von Jugendlichen durch digitale Partizipation fördern? Was sind dafür wirksame Methoden und Werkzeuge? Was brauchen politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, Kommunen, Träger der Jugendhilfe oder Jugendinitiativen für digitale Jugendbeteiligung? Das Projekt jugend.beteiligen.jetzt stellt **Erfahrungen und Tools** gebündelt auf einer Online-Plattform zur Verfügung.

Das Projekt bietet Unterstützung durch Know-how, Tools sowie Qualifizierung. Es zeigt gute Beispiele und verlinkt ausgewählte Jugendbeteiligungsprojekte. So entsteht ein stetig wachsendes und vielfältiges **Netzwerk für digitale Jugendbeteiligung** als Beitrag zu einer jugendgerechten Gesellschaft.

jugend.beteiligen.jetzt überträgt Wissen aus erfolgreichen Projekten wie youthpart, youthpart #lokal, Ichmache>Politik oder Strukturierter Dialog. Es fördert und stärkt in einem Multiplikatorennetzwerk eine positive Beteiligungskultur.

„jugend.beteiligen.jetzt – für die Praxis digitaler Partizipation“ ist ein Gemeinschaftsprojekt der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS), des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) und IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V., initiiert und gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ unterstützt die Einbindung des Vorhabens in die gleichnamige Jugendstrategie des Bundesjugendministeriums.

Die Plattform ist online unter **www.jugend.beteiligen.jetzt**.

Laufzeit: 2016-2018

Ebene: Bund / Kommunen

UMSETZUNG DER EU-JUGENDSTRATEGIE:

VERBINDUNGSLINIEN ZUR EIGENSTÄNDIGEN JUGENDPOLITIK

Auch auf der europäischen Ebene gibt es – wie in vielen Mitgliedsstaaten – eine Jugendstrategie. In Deutschland wird sie von 2010 bis 2018 in drei ausgewählten Handlungsfeldern umgesetzt:

- > **Partizipation** fördern und **Demokratie** stärken
- > Soziale **Integration** und gelingende **Übergänge** in die Arbeitswelt
- > **Anerkennung** und Sichtbarmachung des nicht-formalen und informellen Lernens in der Jugendarbeit

Die Verknüpfung von Eigenständiger Jugendpolitik und EU-Jugendstrategie gehört zu den Vorhaben im Rahmen der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft 2015-2018“. Beide Prozesse werden abgestimmt. Damit sollen nationale und europäische Konzepte und Initiativen besser für einen umfassenden Ansatz der Jugendpolitik genutzt werden.

Basis für das Zusammenwirken sind zum Beispiel die fachlichen Schwerpunkte (Partizipation, Übergänge, Bildung) ebenso zu wie die Zielgruppe aller 12- bis 27-Jährigen und der Anspruch, Jugend wirksam zu beteiligen. Beide Prozesse richten ihr Augenmerk auch auf die kommunale Ebene und befördern die notwendige Zusammenarbeit verschiedener Akteure vor Ort. Auch wollen beide Prozesse die positiven Bilder von Jugend heute stärken.

Durch den „**Strukturierten Dialog**“ sollen junge Menschen an der jugendpolitischen Zusammenarbeit kontinuierlich beteiligt werden. Sie bringen ihre Ideen für die Gestaltung von Politik, ihre Anliegen und Empfehlungen in einen Dialog mit Verwaltung und Politik ein.

Laufzeit: 2010-2018

Ebene: Europa